



Nº 2026/01

Vor dem zweiten Scheitern?

Die Landtagswahlen, die Brandmauer und das Von-Papen-Risiko

Jan-Peter Olters

ZUSAMMENFASSUNG

Dieses Papier versteht die »Brandmauer« nicht als Ausweis ideologischer Reinheit, sondern als historisch begründete Antwort auf die Illusion, eine radikale Rechte lasse sich durch begrenzte Machtbeteiligung domestizieren. Im Zentrum steht das »Von-Papen-Risiko«: die Fehlkalkulation, eine radikale Kraft einzubinden, während man die eigene Entmachtung organisiert. Vor den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern im September 2026, bei denen die vom Verfassungsschutz als »gesichert rechtsextremistisch« eingestufte (und hierüber juristisch noch umkämpfte) AfD in den Umfragen führt, gewinnt diese Fehlkalkulation an Brisanz. Rechtspopulismus löst soziale Unsicherheit nicht, sondern »übersetzt« sie in kulturelle Feindschaft. Das »zweite Scheitern« läge darin, das als gefährlich Erkannte aus Machtkalkül erneut zu versuchen.

SCHLAGWORTE

Brandmauer · Von-Papen-Risiko · AfD · Rechtspopulismus · Landtagswahlen 2026

ABSTRACT

This paper reframes the German 'firewall' (Brandmauer) not as a badge of ideological purity but as a historically grounded response to the illusion that a radical right can be domesticated through limited access to power. Its core concept is the 'von Papen risk': the miscalculation of co-opting a radical force while organising one's own loss of power. Ahead of the September 2026 elections in Saxony-Anhalt and Mecklenburg-Western Pomerania, where the AfD — classified by Germany's domestic intelligence service as 'confirmed right-wing extremist' (a classification a court has provisionally suspended) — leads in the polls, this miscalculation gains new urgency. Right-wing populism, the paper argues, does not resolve social insecurity but 'translates' it into cultural enmity; the 'second failure' would lie in knowingly re-attempting a recognised danger out of a calculation of power.

KEYWORDS

firewall (Brandmauer) · von Papen risk · AfD · right-wing populism · 2026 state elections

RÉSUMÉ

Ce papier conçoit le « pare-feu » (Brandmauer) non comme un gage de pureté idéologique, mais comme une réponse historiquement fondée à l'illusion qu'une droite radicale puisse être domestiquée par un accès limité au pouvoir. Sa notion centrale est le « risque von Papen » : l'erreur de calcul consistant à intégrer une force radicale tout en organisant sa propre perte de pouvoir. À l'approche des élections régionales de septembre 2026 en Saxe-Anhalt et en Mecklembourg-Poméranie occidentale — où l'AFD, classée par le renseignement intérieur comme « extrémiste d'extrême droite avérée » (classement aujourd'hui suspendu par la justice), est en tête dans les sondages —, cette erreur de calcul gagne en acuité. Le populisme de droite ne résout pas l'insécurité sociale, mais la « traduit » en hostilité culturelle. Le « second échec » consisterait à retenter sciemment, par calcul de pouvoir, un danger reconnu.

MOTS-CLÉS

pare-feu (Brandmauer) · risque von Papen · AfD · populisme de droite · élections régionales 2026

JEL CODES

D72 · N44 · P16



PP-PO-DE

MISSION AND PURPOSE

Olters Policy and Working Paper Series (OPWP)

The OPWP is an independent scholarly publication series operating at the intersection of academic research, public policy, and informed public debate. It aims at advancing the understanding of today's political, economic, and societal challenges by publishing analytically rigorous, methodologically sound, and policy-relevant research.

The OPWP is founded on the conviction that effective public policy should be informed by scientific evidence, guided by intellectual integrity, and tested by open, critical debate. It seeks to foster dialogue among academia, policymakers, public administrations, international organisations, and civil society, while providing a forum for diverse theoretical perspectives, methodological approaches, and well-reasoned scholarly disagreement.

The series publishes—in English, German, or French—contributions in the fields of Economics, Politics, Development, and International Relations. It combines academic excellence with policy relevance and seeks to derive practical and transparent policy recommendations from robust analysis, while maintaining scholarly independence.

The OPWP is committed to analytical precision, international perspectives, and the promotion of informed public debate and evidence-based policymaking.

Vor dem zweiten Scheitern?

Die Landtagswahlen, die Brandmauer und das Von-Papen-Risiko

Jan-Peter Olters¹

Die ich rief, die Geister, / werd ich nun nicht los.

— Johann Wolfgang von Goethe (1797)

Die Brandmauer ist weder Ausweis ideologischer Reinheit noch Relikt linksliberaler Überheblichkeit, sondern die historisch untermauerte Antwort auf die Illusion, man könne eine radikale Rechte benutzen, einhegen oder entzaubern, sobald man ihr nur begrenzten Zugang zur Macht gewähre. Vor den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (6. September 2026) und Mecklenburg-Vorpommern (20. September 2026) erhält diese brüchig gewordene Selbstbindung demokratischer Parteien neue Brisanz. In beiden Ländern führt die Alternative für Deutschland (AfD) die Umfragen mit deutlichem Abstand an; je nach parlamentarischer Mehrheitslage ist eine AfD-Regierungsbeteiligung ohne konsequente Gegenwehr der anderen Parteien nicht mehr ausschließbar. Bestätigen die Wahlen die derzeitigen Umfragewerte, steigt das Von-Papen-Risiko — also die Fehlkalkulation zu hoffen, eine radikale Kraft durch Einbindung domestizieren zu können, während man dabei die eigene Entmachtung organisiert — erheblich. Mit Brandmauer ist dabei nicht bloß ein Koalitionsverbot gemeint, sondern der kategorische Ausschluss von Tolerierungen, gemeinsamen Mehrheiten und strategischen Abhängigkeiten gegenüber einer Partei, die das Bundesamt für Verfassungsschutz als »gesichert rechtsextremistisch« einstufte (eine Einstufung, die ein Verwaltungsgericht vorläufig ausgesetzt hat).²

Die Landtagswahlergebnisse werden die politische Dynamik weit über diese zwei Bundesländer hinaus verändern und bis nach Berlin und Brüssel wirken. Denn das Von-Papen-Risiko beginnt nicht erst dort, wo Parteien offen mit Rechtsradikalen koalieren, sondern schon und vor allem dort, wo sie sich einreden, deren Stimmen nutzen zu können, ohne ihnen Legitimität, Machtressourcen und strategische Vetomacht zu verschaffen. Im

¹ Managing Director, OLTERS GmbH, Hernburg, jolters@olters.eu.

² Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) stufte die AfD am 2. Mai 2025 von einem Verdachtsfall zu einer »gesichert rechtsextremistischen Bestrebung« hoch. Das Verwaltungsgericht Köln gab am 26. Februar 2026 im Eilverfahren einem Antrag der AfD im Wesentlichen statt (Az. 13 L 1109/25) und untersagte dem BfV vorläufig, die Partei als »gesichert rechtsextremistische Bestrebung« einzustufen, zu behandeln und dies öffentlich bekanntzugeben. Das Gericht sah im Eilverfahren keine das Gesamtbild der Partei beherrschende verfassungsfeindliche Grundtendenz als hinreichend belegt an. Der Beschluss ist nicht rechtskräftig — eine Beschwerde zum Oberverwaltungsgericht Münster ist möglich, das Hauptsacheverfahren offen. Rechtskräftig geklärt ist hingegen, dass das BfV die AfD als Verdachtsfall beobachten und die Öffentlichkeit darüber unterrichten darf; vgl. Bundesverwaltungsgericht, Beschluss vom 20. Mai 2025 (Az. 6 B 23.24 u. a.), sowie Pressemitteilung Nr. 54/2025 vom 22. Juli 2025.

Januar 2025 suchte die Union im Bundestag erstmals offen migrationspolitische Mehrheiten mit Unterstützung der AfD. Eine derartige Praxis hat andere Mitte-Rechts-Parteien durch schleichende Erosion in existenzielle Krisen gestürzt (Les Républicains in Frankreich) oder durch innere Übernahme in die parteiinterne Selbstaufgabe an einen offenen Illiberalismus getrieben (die US-Republikaner). Auch im Europäischen Parlament zeigte die Europäische Volkspartei, zu deren Fraktion auch die CDU/CSU gehört, dass sich rechts der Mitte politische Mehrheiten bilden können, sobald konservative Parteien bereit sind, rechtspopulistische Stimmen als politische Ressource statt als Ausschlussgrund zu behandeln; bei Lieferketten- und Nachhaltigkeitsregeln ebenso wie bei Asyl- und Migrationsfragen ist das bereits geschehen. Der damit verbundene Legitimationsdruck hat auch die Europäische Kommission erfasst: Die zweite Amtszeit von der Leyens ist durch eine deutliche Rechtsverschiebung in der Asyl-³ und Klimapolitik⁴ gekennzeichnet — und zeigt damit ein Muster, das entsteht, sobald etablierte Parteien rechtspopulistische Stimmen als politische Ressource statt als Ausschlussgrund behandeln.

1. Die Illusion eines domestizierbaren Rechtsextremismus

»Weimar« als pauschale Chiffre gleicht einem Foto mit begrenzter Schärfentiefe: im Ganzen unscharf, aber auf den entscheidenden Ausschnitt fokussiert. Die erste parlamentarische Demokratie Deutschlands scheiterte nicht in einem einzigen Moment, sondern in einer Folge von Entscheidungen, die den Akteuren als reversibel, taktisch begründbar und verantwortbar erschienen — und die sich entlang zeitgenössischer Warnungen als verhängnisvoll erwiesen. Die Brandmauer-Debatte gewinnt durch den Rückblick auf 1932/33 deshalb nur dann an Gewicht, Schärfe und Relevanz, wenn der historische Vergleich nicht als Epochengleichsetzung, sondern als Analyse wiederkehrender Muster politischer Selbsttäuschung präzise bleibt.

Franz von Papen, Reichskanzler (Juni bis November/Dezember 1932) und Vizekanzler (Januar 1933 bis Juli 1934), ist deshalb nicht nur als derjenige von Bedeutung, der Hitler den Weg in die Reichskanzlei ebnete. Er steht für die auch in demokratischen Systemen strukturell wiederkehrende Fehlkalkulation, eine radikale Kraft durch Einbindung domestizieren zu können, während man dabei — wider alle Warnung — die eigene Entmachtung organisiert. Papen war der Machttechniker, der glaubte, den

³ Eine Mehrheit aus Mitte-Rechts- und Rechtsaußen-Fraktionen im Europäischen Parlament bestätigte im März 2026 den von der Kommission vorgeschlagenen neuen Rückführungsrahmen, der »return hubs« in Drittstaaten rechtlich möglich macht, und im Juni 2026 den Kommissionsvorschlag 2025/0059 (COD) zum »Gemeinsamen System für die Rückkehr von illegal in der Union aufhältigen Drittstaatsangehörigen«, der schnellere und wirksamere EU-weite Verfahren für die Rückkehr von illegal in Mitgliedstaaten aufhältigen Personen ermöglichen soll.

⁴ Dieselbe Mehrheit aus Mitte-Rechts- und Rechtsaußen-Fraktionen verschob den klimapolitischen Akzent von Klimaneutralität zu Wettbewerbsfähigkeit, indem sie dem Omnibus-Paket der Kommission vom April 2025 zustimmte, das Berichtspflichten aus CSRD und Sorgfaltspflichten aus CSDDD erheblich reduziert; vgl. Europäische Kommission, Clean Industrial Deal, 26.2.2025; Europäische Kommission, Omnibus package, 1.4.2025.

Nationalsozialismus instrumentalisieren zu können, ohne ihm ausgeliefert zu sein — und der diese Überzeugung noch im Alter für eine Form politischer Vernunft hielt.

Ewald von Kleist-Schmenzin, ein nationalkonservativer, für seine Rolle am 20. Juli hingerichteter Widerstandskämpfer, der Papens Kalkül als politischer Gegenspieler aus nächster Nähe erlebte und zurückwies, überlieferte dessen Haltung in einer Formulierung, die sich als Verdichtung einer historischen Fehlkalkulation liest: »In zwei Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, dass er quietscht.« Als Erinnerungsaussage ist der genaue Wortlaut quellenkritisch nicht abschließend gesichert. Die Haltung, die darin sichtbar wird, ist es jedoch. Papen (1952) inszenierte sich auch rückblickend als verkannter Vernünftiger, der die Demokratie habe retten wollen. Gerade darin liegt ihr unfreiwilliger Quellenwert: Die Selbstrechtfertigung des Mannes, der zum Sturz der Demokratie beigetragen hatte, wird zum Protokoll einer Selbsttäuschung.

Dieses Verhaltensmuster kennt keine Epoche und keine Landesgrenze — es kehrt überall dort wieder, wo politische Akteure glauben, Radikalität für eigene Ziele instrumentalisieren zu können, ohne von den Geistern eingeholt zu werden, die sie riefen. Als der frühere Sprecher des US-Repräsentantenhauses, Paul Ryan, seine Zeit neben Donald Trump Revue passieren ließ (Alberta 2019), beschrieb er sein Kalkül in Worten, die das Von-Papen-Risiko in Selbstrechtfertigung und Selbstberuhigung widerspiegeln: »*I told myself I gotta have a relationship with this guy to help him get his mind right.*« Und weiter: »*Those of us around him really helped to stop him from making bad decisions. All the time.*« Ryans Glaube, Trump durch institutionelle Nähe lenken zu können, alterte ähnlich schlecht wie Papens Selbstrechtfertigung. Bei steigenden AfD-Umfragewerten kehrt eine ähnliche Logik in den deutschen Parteiendiskurs zurück. Der Historiker Andreas Rödder⁵, Vorsitzender der CDU-Grundwertekommission von 2022 bis 2023 und Mitgründer der konservativen Denkfabrik R21, argumentierte schon 2023 dafür, die »Brandmauer-Hysterie« durch »rote Linien« zu ersetzen. CDU-Minderheitsregierungen, »die sich ihre Mehrheit immer wieder neu suchen« müssten, schloss er damit nicht aus; problematisch werde es erst, wenn sich die CDU offiziell von der AfD tolerieren lasse und dafür Absprachen eingehe.

Die Katastrophe von 1933 war dabei nicht unvorhersehbar. Selbst in deutschnationalen Kreisen wurde vor ihr gewarnt. So hatte Kleist-Schmenzin (1932) gegen die Vorstellung argumentiert, Hitler durch eine Koalition zähmen zu können — eine ausdrückliche Zurückweisung der DNVP-Illusion, den NSDAP-Vorsitzenden in einer Regierung domestizieren zu lassen. Dabei wurden die Wähler kaum getäuscht — weder 1932 in Deutschland noch 2024 in den USA: Ideologie und Absichten waren in umfassenden Dokumenten niedergelegt — ob in *Mein Kampf* (Hartmann et al. 2022) oder in *Project 2025*⁶

⁵ Andreas Rödder, zit. nach: »Stern«, Umgang mit Rechtspopulisten – Historiker Rödder: »Die AfD hat das Ziel, die Union zu zerstören«, 19. September 2023.

⁶ Project 2025 ist ein Dokument der Heritage Foundation, von dem Trump sich im Wahlkampf ausdrücklich distanzierte, dessen Agenda seine Regierung gleichwohl prägt; vgl. die laufende Dokumentation der Umsetzung bei project2025.observer.

(Dans und Groves 2023). Auch die AfD macht ihre Pläne nicht zum Geheimnis. Gemäß dem — ungeschminkt radikalen — *Regierungsprogramm der AfD Sachsen-Anhalt*⁷, das beispielsweise eine Abschiebe- und Remigrationsoffensive beinhaltet, zögen Wohlfahrtschauvinismus (die Beschränkung sozialer Leistungen auf eine völkisch definierte Kerngemeinschaft) gesellschaftspolitische Ausgrenzung und eine Rückbesinnung auf fossile und nukleare Energie in die Landes- und — qua Bundesrat — in die Bundespolitik ein. Die Folgen blieben nicht auf Deutschland beschränkt: Europapolitisch würde eine AfD-Regierungsbeteiligung den europäischen Rechtsaußenfraktionen den »Beweis« liefern, dass selbst das historisch vorbelastete Deutschland die radikale Rechte nicht mehr wird ausschließen können, sondern als Machtfaktor einkalkulieren muss.

2. Rechtspopulismus »übersetzt« soziale Unsicherheit

Dass die Versuchung machtpolitischen Taktierens jenseits der Brandmauer gerade vor den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern wächst, ist kein Zufall. Beide Länder stehen für Regionen, in denen stockende Reindustrialisierung, demografischer Druck und ländliche Infrastrukturprobleme auf ein tiefes Misstrauen gegenüber bundespolitischen Versprechen treffen. Die Zahlen des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle sind dabei ernüchternd.⁸ Sie prognostizieren für Ostdeutschland eine Arbeitslosenquote von 7,8 Prozent — und damit 1,5 Prozent über dem gesamtdeutschen Niveau — bei einem Wachstum von lediglich 0,7 Prozent, dem der Irankrieg über steigende Energiepreise einen zusätzlichen Dämpfer versetzt (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2026, ifo-Institut 2026).⁹ Hinter diesem gesamtostdeutschen Befund verbergen sich für die beiden Wahlländer strukturelle Faktoren: Für Sachsen-Anhalt hatte das IWH in seiner Frühjahrsdiagnose 2025¹⁰ die kumulierten Wachstumszahlen der vergangenen zehn Jahre nach unten revidiert — statt eines Zuwachses von 3,3 Prozent gegenüber 2015 ergibt sich nun ein leichtes Minus von 0,1 Prozent; für Mecklenburg-Vorpommern wurden statt der früher ausgewiesenen 13,3 Prozent nur noch 7,3 Prozent festgestellt. Die AfD profitiert nicht einfach von »Protest«, sondern von einer länger gewachsenen Erschöpfung gegenüber Politik, die vielen Bürgern weder materielle Sicherheit noch kulturelle Anerkennung hat vermitteln können.

Doch gerade hier beginnt die eigentliche Gefahr — und zugleich eine analytische Falle. Die ländervergleichende Forschung zu den ökonomischen Ursachen des Populismus zeichnet ein differenzierteres Bild, als es ein simpler Reflex-Mechanismus nahelegt. Backes und Müller (2024) fanden für den »China-Schock« — die importbedingten Arbeitsplatzverluste in europäischen Regionen — keinen robusten kurzfristigen Effekt auf Rechtsaußen-

⁷ AfD Sachsen-Anhalt, Regierungsprogramm 2026, afd-regierungsprogramm.de.

⁸ IWH, Konjunktur aktuell: Ölpreisschock gefährdet Erholung in Deutschland, 12. März 2026, [iwh-halle.de](https://www.iwh-halle.de).

⁹ Vgl. auch ifo Institut, Economic Forecast Spring 2026: Consequences of the Iran War Dampen Recovery, 12. März 2026; Europäische Zentralbank, Economic Bulletin 2/2026; IMF, How the War in the Middle East Is Affecting Energy, Trade, and Finance, 30. März 2026.

¹⁰ IWH, Frühjahrsdiagnose 2025, zit. nach: Informationsdienst Wissenschaft, [idw-online.de](https://www.idw-online.de), 10. April 2025.

Stimmen; kurzfristig profitierten eher linke und populistische Parteien, wohingegen sich langfristig die Effekte zugunsten des Populismus und nur nachrangig nach rechts verschoben.¹¹ Andere Studien desselben Projekts zeigen ebenfalls, dass ökonomische Schocks *nicht* mechanisch in Rechtsextremismus münden. Jobverluste wirkten nur schwach und kurzlebig auf populistische Parteien (Upward und Wright 2024), während Überschuldung zwar die Unterstützung für *neue* Rechtsaußen- und Populismus-Parteien erhöhte, für eine *traditionelle* Linkspartei aber senkte (Grossmann und Jurajda 2025) — ein und derselbe ökonomische Druck kann also je nach politischem Angebot in entgegengesetzte Richtungen wirken.

Die wirtschaftliche Globalisierung hat zwar die politischen Ränder insgesamt gestärkt, ist aber nicht der eindeutige Treiber der allgemeinen Rechtsverschiebung. Rechtspopulismus beantwortet soziale Unsicherheit nicht — *er übersetzt sie*. Aus Lohnstagnation, Pflegenotstand und kommunalem Investitionsstau werden Erzählungen über Migration, nationale Demütigung und angeblichen Sozialstaatsmissbrauch. Materielle Konflikte werden kulturell umcodiert; Verteilungsfragen werden Zugehörigkeitsfragen. So wird politische Energie von den strukturellen Ursachen sozialer Unsicherheit abgezogen — und in eine Richtung gelenkt, die diese Ursachen nicht beseitigt, sondern vertieft. Wer diese Übersetzung durch Annäherung legitimiert, beschleunigt den Vertrauensverlust, den er zu heilen vorgibt.

Ein Rückblick auf das Jahr 1932 bestätigt diese analytische Warnung und schärft zugleich ihren historischen Fokus. Die Weltwirtschaftskrise stürzte Deutschland zwischen 1929 und 1932 in eine wirtschaftliche Katastrophe. Die Zahl der Erwerbslosen stieg dabei von knapp drei Millionen im Jahr 1929 auf über sechs Millionen im Jahr 1932 – bei einer Bevölkerung, die durch die Hyperinflation von 1923 noch traumatisiert und in großen Teilen verarmt war und sich nicht auf staatliche Grundsicherung verlassen konnte. Und doch wäre es eine Vereinfachung, den Aufstieg der NSDAP allein wirtschaftlich zu erklären. So widerlegte Jürgen Falter (1991) in seinem Standardwerk *Hitlers Wähler*, der bis heute umfassendsten Wahlsoziologie der Weimarer Spätphase, die zeitgenössische Mittelstandsthese.¹² Demnach war der Mittelstand nur wenig überdurchschnittlich für die NSDAP anfällig; tatsächlich schöpfte die Partei — als erste deutsche »Volkspartei« — proportional aus nahezu allen Schichten. Besonders aufschlussreich ist dabei die Binnendifferenzierung der Arbeiterschaft. Während ländliche und kleinstädtische Arbeiter relativ häufig die NSDAP wählten, blieben die großstädtischen Industriearbeiter und gerade die Erwerbslosen weitgehend resistent. Wirtschaftliche Verzweiflung war eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für den Aufstieg der NSDAP.

¹¹ Backes und Müller (2024) entstand im von der Volkswagen-Stiftung geförderten Projekt *The Rise of Populist Parties in Europe* (Förder-Nr. 94750; Projektpartner: University of Nottingham, CERGE-EI Prag, University of Glasgow).

¹² Siehe auch Childers (1983) und Evans (2004).

Was erhöhte Krisenanfälligkeit — 1929 beziehungsweise 2008, 2010 und 2020 — leistete, war nicht die mechanische Produktion von Rechtsextremismus, sondern die sich beschleunigende Erosion des Vertrauens in demokratische Institutionen und Parteien, die so einen politischen Raum öffnete, den die NSDAP mit einer Kombination aus nationalem Ressentiment, Sündenbocknarrativen und dem Versprechen autoritärer Ordnung zu füllen verstand. Die Parallele zur Gegenwart liegt weniger in den Zahlen als in der strukturellen, auch ökonomischen Erschöpfung als ideologischem Nährboden. Die politische Ernte hängt letztendlich davon ab, wer die Übersetzungsarbeit leistet.

Genau deshalb ist die Brandmauer nicht nur eine demokratietheoretische, sondern auch eine sozialpolitische Frage. Wer rechtspopulistische Mehrheiten nutzt, übernimmt nicht bloß Stimmen, sondern auch ihre politische Grammatik, vor allem die Unterscheidung zwischen »wirklichem Volk« und angeblich fremden, illegitimen oder minderwertigen Gruppen.¹³ Dieser Ansatz vergiftet die demokratische Auseinandersetzung, weil er nicht nach besseren Lösungen sucht, sondern nach Sündenböcken. Er verspricht Handlungsfähigkeit, indem er Ausschluss organisiert. Die Brandmauer ist deshalb die Weigerung, die Übersetzung sozialer Unsicherheit in kulturelle Feindschaft zu legitimieren. Sie schützt nicht nur Parlamente vor falschen Mehrheiten, sondern die politische Sprache vor einer Verschiebung, in der Zugehörigkeit über Gerechtigkeit, Abgrenzung über Problemlösung und Ressentiment über Regierungskunst zu siegen droht.

3. Brandmauern, firewalls, cordons sanitaires

Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass Brandmauern weder wirkungslos noch unzerstörbar sind. In Belgien hat der *cordon sanitaire* gegenüber Vlaams Belang über Jahrzehnte verhindert, dass die flämische extreme Rechte an Regierungen beteiligt wurde; zugleich hat er den politischen Diskurs nicht immunisiert, denn migrations- und identitätspolitische Positionen des Vlaams Belang wirkten zunehmend auf etablierte Parteien zurück. In Frankreich hielt die sogenannte republikanische Front den Rassemblement National (RN) lange von der Macht fern und verhinderte — durch strategische Rückzüge und Wählertransfers — bei den Parlamentswahlen 2024 einen RN-Durchmarsch. Zugleich zeigen der Zerfall der ehemals dominanten Mitte-Rechtspartei Les Républicains und die parlamentarischen Erfolge des RN, wie brüchig diese Abgrenzung geworden ist. In Schweden wiederum wurde die frühere Distanz zu den Schwedendemokraten 2022 durch das Tidö-Abkommen¹⁴ faktisch beendet: Die Partei trat nicht in die Regierung ein, wurde aber zur parlamentarischen Stütze einer Mitte-Rechts-Regierung. Österreich zeigt seit den ÖVP-FPÖ-Koalitionen von 2000 und 2017, dass der Übergang von Ausgrenzung zu Regierungsbeteiligung die extreme Rechte nicht zwingend entzaubert, sondern ihr institutionelle Erfahrung, Ämterzugang und Normalität verschaffen kann.

¹³ Zur Volk/Elite-Dichotomie als Kernmerkmal populistischer Ideologie vgl. Mudde und Kaltwasser (2017).

¹⁴ Das Tidö-Abkommen (schwed. Tidöavtalet) vom Oktober 2022 legte die politischen Grundlagen der schwedischen Mitte-Rechts-Regierung unter Ulf Kristersson fest und räumte den Schwedendemokraten als parlamentarischer Stütze erheblichen inhaltlichen Einfluss ein, ohne ihnen Kabinettsposten zu geben.

Brandmauern sind kein Allheilmittel. Um zu wirken, müssen sie klar, konsistent und parteiübergreifend genug sein, damit sie nicht bloß als taktisches Manöver erscheinen. Sie dürfen sich nicht auf formale Koalitionsverbote beschränken und müssen auch bei Sachabstimmungen, in Ausschüssen und bei Fragen zu Minderheitsregierungen oder europäischer Mehrheitsbildung gelten. Gleichzeitig brauchen sie eine überzeugende demokratische Lösungskompetenz: Wo etablierte Parteien auf Herausforderungen sozialer Unsicherheit, Migration, regionaler Ungleichheit, Sicherheit, Infrastruktur und industrieller Transformation keine überzeugenden Antworten finden, wird die Brandmauer selbst zum Nährboden des Misstrauens, das sie eindämmen soll.

Verschärft wird diese Lage dadurch, dass sie inzwischen selbst Ziel internationaler Angriffe geworden sind. US-Vizepräsident J. D. Vance¹⁵ machte dies auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2025 besonders deutlich, als er europäische Abgrenzungsstrategien gegen populistische Parteien als undemokratische *firewalls* deutete und damit die politische Logik umkehrte: Nicht die Normalisierung antipluralistischer, also auf Ausschluss und Homogenität zielender Kräfte erschien als Problem, sondern ihre Ausgrenzung. Indem er *firewalls* gegen populistische Parteien als demokratisch fragwürdig darstellte und zugleich AfD-Chefin Alice Weidel politisch aufwertete¹⁶, nahm er außenpolitische Prioritäten vorweg, die die Trump-Administration in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie (White House 2025) formalisierte. Diese Intervention war der Auftakt einer sich beschleunigenden Abkehr der USA vom liberalen Wertegerüst des Westens. Sie zeigte, dass die europäische radikale Rechte und ihre internationalen Verbündeten brüchig gewordene Brandmauern unter Berufung auf Washington als angeblichen Beweis liberaler Elitenherrschaft delegitimieren.¹⁷

Die akademische Brandmauer-Forschung bleibt relativ skeptisch. William Downs' (2012) vergleichende Studie zu Belgien, Frankreich, Dänemark und Norwegen kam bereits vor knapp eineinhalb Jahrzehnten zu dem Ergebnis, dass keine Strategie gegenüber der radikalen Rechten allein zuverlässig wirkt; reine »*clean hands*«-Strategien können Parteien isolieren, aber sie lösen weder die Ursachen ihres Erfolgs noch verhindern sie notwendigerweise diskursive Übernahmen. Neuere Arbeiten gehen noch weiter. Shuttleworth et al. (2025) sprechen von der »*pretence of the cordon sanitaire*«, wenn Mainstream-Parteien zwar formale Nicht-Zusammenarbeit verkünden, zugleich aber Ausschlussrhetorik, Migrationspanik oder autoritäre Sicherheitsdeutungen der radikalen Rechten übernehmen. Statt naiver Einbindung oder selbstzufriedener Abgrenzung vertritt die aktuelle Forschung die auch politisch anspruchsvollere These, dass Brandmauern notwendig seien, aber nur dann wirksam, wenn sie institutionelle Nicht-Zusammenarbeit, sprachliche Nicht-Normalisierung und materielle Problemlösung verbinden.

¹⁵ J. D. Vance, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 14. Februar 2025; Transkript verfügbar unter: securityconference.org.

¹⁶ Vgl. »Die Zeit«, J. D. Vance trifft sich in München mit AfD-Chefin Weidel, 14. Februar 2025.

¹⁷ Zur transnationalen Vernetzung und koordinierten Delegitimierungsstrategie der radikalen Rechten, vgl. Laruelle (2022) und Müller (2022).

4. Das Bürgertum in historischer Verantwortung

Die Brandmauer verkörpert daher weit mehr als wahltaktische Arithmetik oder politische Selbstvergewisserung jener, die 2024 und 2025 auf Deutschlands Straßen gegen Rechtsextremismus protestierten. Sie beschreibt das strategische Dilemma, in dem sich das demokratische Bürgertum wiederfindet — und dem sich besonders die CDU/CSU stellen muss¹⁸. Franz Josef Strauß brachte dieses Dilemma in seiner bekannten Formel auf den Punkt, rechts von der CDU/CSU dürfe es keine demokratisch legitimierte Partei geben.¹⁹ Ursprünglich war damit der Anspruch verbunden, nationalkonservative, nationalliberale, vertriebenenpolitische und ländliche Milieus innerhalb der demokratischen Rechten zu binden, statt sie einer eigenständigen Rechtspartei zu überlassen. Historisch ist diese Strategie spektakulär gescheitert: Die Union hat weder die Entstehung einer starken Rechtspartei verhindert noch ihre eigene Wählerbasis gegen diese abgesichert. Damit verschiebt sich die Dimension politischer Verantwortung und macht das Von-Papen-Risiko in seiner schärfsten Form sichtbar: Autoritäre Kräfte werden nicht durch ihre Anhänger regierungsfähig, sondern dann, wenn etablierte Akteure ihnen Legitimität, institutionellen Zugang und die Aura politischer Normalität verschaffen.

Historisch lässt sich dieses Argument gut belegen. Das erste politische und moralische Scheitern des Bürgertums bestand nicht darin, dass alle Bürgerlichen Nationalsozialisten gewesen wären — aber zu viele haben den Nationalsozialismus unterschätzt, relativiert oder für instrumentalisierbar gehalten. Die von Wirtschaftsthemen dominierte Reichstagswahl 1930 war eine Zäsur, die die relative Stabilisierung der Republik in den Jahren 1924 bis 1928 jäh beendete. Die NSDAP wurde mit 18,3 Prozent zweitstärkste Partei; zusammen mit der auf 13,1 Prozent gewachsenen KPD blockierten die beiden systemfeindlichen Flügelparteien fortan nahezu jede stabile parlamentarische Mehrheit im Reichstag. Reichskanzler Brüning blieb im Amt, und er gewöhnte die Republik an seine Regierungsweise, parlamentarische Mehrheitsbildung durch präsidentiale Notverordnungen zu ersetzen. Diese Entwicklung war formal legal, aber politisch folgenreich: Sie höhle den Parlamentarismus so weit aus, dass seine Abschaffung wenig später in Wochen gelang.²⁰

Was 1930 strukturell begann, spiegelt sich in seiner Grundlogik in der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 wider. Die AfD wurde mit 20,8 Prozent zweitstärkste Kraft, während die Parteien der ehemaligen Ampelkoalition deutlich geschwächt wurden beziehungsweise den Einzug in den Bundestag verfehlten. Wie 1930 blieb die demokratische Mitte gerade noch handlungsfähig, verlor aber an Selbstverständlichkeit, Breite und koalitionspolitischem

¹⁸ Ähnliches gilt auch für die FDP, die seit dem Scheitern der Ampelkoalition und dem Ausscheiden aus dem Bundestag mit existenziellen Fragen politischer Relevanz zu kämpfen hat.

¹⁹ Das Audio-Zitat findet sich bei SWR, Franz Josef Strauß: »Rechts von CDU/CSU ...«, 9. August 1987, swr.de.

²⁰ Die Deutung, wonach Brünings Notverordnungspraxis die spätere Aushöhlung des Parlamentarismus vorbereitete, ist verbreitet, aber nicht unumstritten. Die neuere Forschung betont den Entscheidungscharakter und die Kontingenz des Wegs zum 30. Januar 1933 und arbeitet konkrete, von Zeitgenossen als aussichtsreich erachtete Handlungsalternativen heraus; vgl. Pyta und Orth (2021).

Spielraum. Je schmaler diese Mitte wird, desto stärker wächst die Versuchung, autoritäre Stimmen nicht als Warnsignal, sondern als Ersatzmehrheit zu betrachten.

Ein wesentliches Charakteristikum bundesrepublikanischen Selbstverständnisses war bislang die Distinktion von arithmetischen und legitimen Mehrheiten. Nach den Bundestagswahlen 2005 und 2013 schlossen SPD und Grüne eine Regierungsbeteiligung der Linkspartei auf Bundesebene trotz rechnerisch möglicher Mehrheiten²¹ aus — wegen außen- und sicherheitspolitischer Differenzen und des ungeklärten Verhältnisses der SED-Nachfolgepartei zur DDR-Vergangenheit, nicht wegen einer antipluralistischen, gegen Bevölkerungsgruppen gerichteten Programmatik oder einer BfV-Einstufung als »gesichert extremistisch«. Die SPD wurde stattdessen Juniorpartnerin einer großen Koalition unter Angela Merkel. Aus demokratietheoretischer Sicht verweisen diese historischen Präzedenzen auf ein Grundprinzip: Wenn bereits dort, wo es allein um Regierungsfähigkeit und historische Belastung geht, eine rechnerische Mehrheit keine legitime Machtoption eröffnet, dann gilt dies erst recht gegenüber einer Partei, deren Programm soziale Unsicherheit in kulturelle Feindschaft übersetzt. Anders als 2005 oder 2013 stünde dabei nicht die Regierungsfähigkeit eines Partners in Frage, sondern die Bindung von Macht an Recht selbst.

Heute wird die Lage dadurch verschärft, dass demokratische Parteien investitionsintensive Herausforderungen wie Klimawandel und die geopolitische Umbruchsphase unter wachsendem ökonomischem und fiskalischem Druck bewerkstelligen müssen. Die Reform der Schuldenbremse und das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität haben zwar mittelfristig den fiskalischen Raum erweitert, doch auch dieser bleibt begrenzt — zumal gleichzeitig steigende Zins- und Tilgungszahlungen den Spielraum wieder einengen. So warnte die Wirtschaftsweise Veronika Grimm, dass die Ausgaben für soziale Sicherung, Verteidigung und Zinslasten bereits 2029 nahezu die gesamten regulären Bundeseinnahmen — also die Einnahmen ohne Nettokreditaufnahme — binden dürften.²² Selbst eine erhöhte Reformbereitschaft und das Sondervermögen lassen den Staat nicht schneller planen, investieren und öffentliches Vertrauen in seine Institutionen und Parteien zurückgewinnen. Gerade deshalb ist die Klage über eine angeblich fehlgeleitete Brandmauer-Debatte selbst fehlgeleitet. Die Brandmauer ersetzt keine Problemlösung; aber ohne Brandmauer wird Problemlösung zur Geisel jener Kräfte, die soziale Unsicherheit in kulturelle Feindschaft übersetzen und Lösungen permanent verhindern.

Das zweite Scheitern bestünde deshalb nicht in einer Wiederholung von Weimar, sondern darin, nach den Erfahrungen von 1932/33 und jenen in den USA, Polen oder Ungarn zu

²¹ Im 16. Deutschen Bundestag (2005) verfügten die SPD, Grünen und Linken über 327 von 614 Sitzen; im 18. Bundestag (2013) 320 von 631 Sitzen.

²² Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2025), Ziffer 152; die zugrunde liegende Haushaltsprojektion ebd., Ziffern 143 und 148 sowie Abbildung 42. Es handelt sich um die abweichende Position des Ratsmitglieds Grimm; die Ratsmehrheit teilt den Befund steigender Ausgabenbindung, nicht aber dessen Zuspitzung.

wissen, was die politische Einhegung einer radikalen Rechten bedeutet, und sie dennoch aus Machtkalkül erneut zu versuchen. Die demokratische Mitte muss Mut, Weitsicht und Lösungskompetenz beweisen, um fiskalisch handlungsfähig zu bleiben und den Bürgern das Gefühl zurückgeben, dass ihre Lebenswirklichkeit politisch ernst genommen wird. Aber sie darf dies nicht um den Preis tun, jene Kräfte zu normalisieren, die die Voraussetzungen demokratischer Problemlösung selbst angreifen. Eine christdemokratische Partei, die eine radikale Rechte zum Mehrheitsbeschaffer macht, löst nicht das Problem der demokratischen Mitte. Sie wird Teil seiner Verschärfung.

5. Bürgerlicher Charaktertest

Die Brandmauer ist kein Ersatz für ernsthafte Politik. Sie baut keine Wohnungen, saniert keine Schulen, erhöht keine Löhne und ersetzt keine Industrie-, Sozial- oder Sicherheitspolitik. Aber sie schützt die demokratische Voraussetzung, unter der solche Politik überhaupt möglich ist — vor allem die Bindung von Macht an Recht und die Weigerung, soziale Unsicherheit in kulturelle Feindschaft zu übersetzen. Wer die Brandmauer als bloßes Symbol abtut, verkennet ihre Funktion. Wer sie ohne Problemlösung verteidigt, schwächt sie. Wer sie aus Machtkalkül preisgibt, macht aus einer Krise der demokratischen Mitte eine Krise der Demokratie selbst.

Hat die demokratische Rechte aus der Geschichte gelernt, dass man autoritäre Kräfte nicht dadurch entschärft, dass man sie zum Mehrheitsbeschaffer macht? In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern könnte die AfD im Herbst — durch eigene Mehrheit, Koalition oder Tolerierung — erstmals Regierungsverantwortung übernehmen. Das zweite Scheitern wäre keine Repetition von Weimar. Es wäre die Wiederholung der alten Ausrede unter neuen Bedingungen: Man habe nur taktisch gehandelt, das Schlimmste verhindert, nur Sachpolitik betrieben, Entzauberung ermöglicht. Doch politische Normalisierung beginnt selten mit einem Bekenntnis. Sie beginnt mit einer Ausnahme.

Eine Brandmauer, die nur hält, solange sie bequem ist, ist keine Brandmauer. Sie ist Kulisse. Die historische Verantwortung des demokratischen Bürgertums besteht deshalb darin, eine Grenze zu ziehen, die auch dann gilt, wenn sie Ämter, Mehrheiten und Macht kostet. Gerade darin liegt ihr demokratischer Sinn: nicht Radikale aus der Gesellschaft wegzuerklären, sondern zu verhindern, dass demokratische Parteien sie in den Staat hineinregieren. Papen glaubte, Hitler »in die Ecke« drücken zu können; tatsächlich hatte er der Republik den Ausgang versperrt.

Literatur

- Alberta, T. (2019). *American Carnage: On the Front Lines of the Republican Civil War and the Rise of President Trump*. HarperCollins: New York NY.
- Backes, A., und Müller, S. (2024). Import Shocks and Voting Behavior in Europe Revisited. *European Journal of Political Economy* 83, 102528.
- Bundesministerium der Finanzen (2025). *Finanzplan des Bundes 2025 bis 2029*. Bundestagsdrucksache 21/601: Berlin.
- Bundesrechnungshof/BWV (2026). *Stellungnahme zu den Eckwerten für den Bundeshaushalt 2027 und die Finanzplanung 2028 bis 2030: Verschuldungsdynamik eindämmen und Bundeshaushalt endlich strukturell konsolidieren*. Bundesrechnungshof: Bonn.
- Childers, T. (1983). *The Nazi Voter: The Social Foundations of Fascism in Germany, 1919–1933*. University of North Carolina Press: Chapel Hill NC.
- Dans, P., und Groves, S. (Hrsg.). (2023). *Mandate for Leadership: The Conservative Promise — Project 2025*. Heritage Foundation: Washington DC.
- Downs, W. M. (2012). *Political Extremism in Democracies: Combating Intolerance*. Palgrave Macmillan: New York NY.
- Evans, R. J. (2004). *The Coming of the Third Reich: How the Nazis Destroyed Democracy and Seized Power in Germany*. Penguin: London.
- Falter, J. W. (1991). *Hitlers Wähler*. C. H. Beck: München.
- Goethe, J. W. v. (1797). Der Zauberlehrling. In: ders. (1827), *Werke. Vollständige Ausgabe letzter Hand*, Bd. 1. Cotta: Stuttgart/Tübingen.
- Grossmann, J., und Jurajda, Š. (2025). Voting under Debtor Distress. *Electoral Studies* 95, 102929.
- Hartmann, C., Vordermayer, T., Plöckinger, O., und Töppel, R. (Hrsg.). (2022). *Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition*, 13. Auflage. Institut für Zeitgeschichte: München.
- Kleist-Schmenzin, E. v. (1932). *Der Nationalsozialismus — Eine Gefahr*, 2. erw. Aufl. Werdermann: Berlin-Britz.

- Laruelle, M. (2022). Transnational Linkages of the Radical Right. *Annual Review of Political Science* 25, 311–329.
- Mudde, C., und Kaltwasser, C. R. (2017). *Populism: A Very Short Introduction*. Oxford University Press: Oxford.
- Müller, J. W. (2022). *Democracy Rules*. Penguin Books: London.
- Papen, F. v. (1952). *Der Wahrheit eine Gasse*. P. List: München.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2026). *Energiepreisschock überlagert Fiskalimpuls — Wachstumskräfte versiegen*. Kiel Institut für Weltwirtschaft: Kiel.
- Pyta, W., und Orth, R. (2021). Nicht alternativlos. Wie ein Reichskanzler Hitler hätte verhindert werden können. *Historische Zeitschrift* 312, 400–444.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2025). *Jahresgutachten 2025/26: Perspektiven für morgen schaffen — Chancen nicht verspielen*. Bundestagsdrucksache 21/2850: Berlin.
- Shuttleworth, L., Brown, K., und Mondon, A. (2025). The Pretence of the Cordon Sanitaire: Non-Collaboration as a Distraction from Discursive Congruence. *Journal of Contemporary European Studies*, 1–18.
- Upward, R., und Wright, P. (2024). Income Shocks, Political Support and Voting Behaviour. *IWH Discussion Papers* 1/2024.
- White House (2025). *National Security Strategy of the United States of America*. White House: Washington DC.